

Unterschiede!

Politische Parteien unterscheiden sich mit ihren Wahlkampfthemen kaum noch voneinander.

Alle versprechen alles, halten aber wenig. Wird ein Thema umgesetzt, so hat dieser Erfolg viele Väter. In nicht wenigen Fällen kam die Idee allerdings von den Parteifreien Bürgern.

Dann von Plagiaten zu sprechen, wäre wohl etwas hoch gegriffen, wenn auch nah an der Wahrheit. Leider sind Ideen – zumindest in Deutschland – nicht geschützt. Und so »bedienen« sich die großen Volksparteien oft und gerne an den Denkergebnissen fremder Herkunft. Denn die kleinen Gruppierungen freier Bürger sind es, die verkrustete Strukturen mit dringenden Notwendigkeiten aufbrechen. Bestes Beispiel hierfür ist der global betriebene Umwelt- und Verbraucherschutz.

Dilettantismus hat Hochkonjunktur

Das selbstherrliche Lächeln der Politiker hat sich zu einer verkrampften Damachen-wir-mit-Hektik entwickelt. Um- und Neuformulierung von Gesetzen wer-



den als Höchstleistung verkauft. Die Bundeskanzlerin – als Retterin der Umwelt gefeiert – sonnt sich mit der Vielzahl neuer Gesetzesvorlagen. Und manch geistige Blähung staatstragender Parteien wird oft einer Prüfung durch den Bundesfinanzhof oder den Bundesgerichtshof unterzogen, ggf. geändert oder einfach wieder verworfen. Auf Kosten der Steuerzahler. Das Karussell dilettantischer Regierungsarbeit dreht sich weiter.

Umstandskrämer mit Feindbildern

Bei uns in Grünwald regieren dieselben Parteien, vorne weg die CSU und SPD. Bei der Gemeinderatsversammlung (Verwaltungsausschuss) am 22.01.2008 musste ein Gemeindebeamter bis 19.30 Uhr warten, um einen Satz zum Thema »Erhöhung der Pauschale für Wahlhelfer« zum Besten geben zu dürfen. Bürgermeister und Gemeinderat der regierenden Fraktion hielten sich bis dahin bedeckt. Doch drei weitere Protagonisten für Protokoll und Fachvortrag standen zur Verfügung. Ein beauftragter Gutachter ebenfalls. Viele machten Überstunden. Interne und Externe müssen bezahlt werden. Reine Zeit- und Geldverschwendung. Dann ging die Inszenierung »coram publico« – es war ja schließlich die Presse dazu eingeladen – weiter. Die regierende Mehrheit in Grün-

wald (CSU, SPD) schien zum Thema »Förderung von Wärmepumpen« ohnehin bereits eine vorgefertigte Meinung zu haben. Trotzdem ließ sie den Gemeinderat eine Stunde zu diesem Thema wechselseitig referieren.

Eine Sachverständige polemisiert mit einem Zeitungsartikel »Sind Wärmepumpen Stromfresser?« In bester Rheumadeckenverkäuferart verteufelte sie den Preis (€ 40.000), den ihr ihr Bauträger für eine Wärmepumpe abnehmen wollte. Alle nickten zustimmend, Förderungen der Gemeinde für Solartechnik, Photovoltaik, Gebäudedämmung etc. scheinbar vergessend. Die Wärmepumpe wurde nun zum Feind der Geothermie erklärt.

Demokratische Diktatur

Welche Kosten das Mammutprojekt »Geothermie« verschlingen wird, kam leider nicht zur Sprache. Wichtige Fakten blieben auf der (Wahlkampf)Strecke. Denn: wir haben keine Schürfrechte und ggf. müssen wir Energie von einer Nachbargemeinde hinzukaufen. Straßen müssen wieder aufgerissen, isolierte Rohre verlegt sowie aufwändige Verteilerstationen gebaut werden. Ganz zu schweigen von den Kosten für die Anlieger. Die hier und jetzt vornehmbare Förderung der Wärmepumpe soll plötzlich einem fragli-

chen Großprojekt zum Opfer fallen. Kurios und peinlich fiel dann der Umfaller-Einwurf des Gemeinderates Zettel (CSU): »Stellen sie den Antrag (Förderung von Wärmepumpen, Anm.d. Autors) doch in einem halben Jahr noch einmal, dann stimme ich dafür. Eigentlich bin ich nämlich nicht dagegen.« (!) In die plötzlich aufkeimende Diskussion zwischen zwei Gemeinderäten schlug der Erste Bürgermeister verbal hinein: »Ich will hier keine Diskussion!« Toll! Diktatur - oder was? Die Abstimmung war dann nur noch Formsache. Ergebnis: keine Förderung der Wärmepumpe, kein Energiemix. Dass der Bürgermeister den Antrag der PBG vollkommen und für sich wahlkampfgerecht umformulierte, spielte zu diesem Zeitpunkt schon keine Rolle mehr.

Schmücken fremde Federn wirklich?

Das Thema »Mobilfunkmessung am Kindergarten« wurde dann ebenso abgefertigt. Klaus Kahle, Jürgen Nardin und ich vom Verein »Zukunft Grünwald« als die eigentlichen Initiatoren dieser Aktion, die zuerst auf diese Gefahrenquelle aufmerksam machten, wurden nicht eingeladen. Auch bei der Nachmessung zog man uns entgegen der Vereinbarung nicht hinzu. Es hätte ja unangenehm werden können. Den darauf erschienenen Presseartikel verfasste in alter Wahlkampfmanier die CSU. Die Grünen sprangen auf den Zug auf. Das dürfen sie. Der beauftragte Gutachter (unseres Erachtens kein Mediziner) schloss eine Beeinträchtigung der Kinder in Gruppenräumen aus. Wie sieht dies aber im Freien (Spielplatz) aus? Regierende machen vor nichts halt. Wer hat eigentlich die Einnahmen aus der Vergabe der Lizenzen für UMTS kassiert? Wer ist hier nicht frei in seiner Entscheidung und hat gar Angst vor möglichen Schadenersatzforderungen von Lizenzerwerbern? Die Gesundheit unserer Kinder erlaubt keine Kompromisse! Hätte unser Bürgermeister eine Familie, vielleicht verstünde er dann auch besser die Sorgen der Eltern. Zu seiner Ehrenrettung sei nebenbei erwähnt, dass er aufgrund der Sendemasten auf dem REWE-Markt Strahlen fürchtend im Keller schläft. (Zitat des Bgm.) Ob er wohl auch zum (Aus)Lachen seiner Wähler in diesen Keller geht?

Tunnelblicke

Genauso verhält es sich mit dem sogenannten Tunnel von Ost nach West und umgekehrt. Im Rathaus steht ein riesiges Plakat, bezahlt vom Steuerzahler. Selbst der CSU-Gemeinderat Wei-

denbach nutzt bei der Nikolausfeier der Katholischen Kirchengemeinde Maria Königin die Gelegenheit, den Damen und Herren an seinem und den Nachbartischen zu schwadronieren: »Mit dem Tunnel, da werden fei 67 Prozent des Verkehrs von Ost nach West vom Marktplatz weggenommen«. Soll Grünwald etwa Transitstrecke werden? Ein umfassendes realistisches Verkehrsberuhigungskonzept wurde seitens der CSU nicht in Erwägung gezogen. Zweistellige Millionenbeträge sollen verbuddelt werden. Ein neuer Blaumilchkanal?

Die Angst ist ein gutes Geschäft

Und gehen die Argumente aus, gibt es noch eine weitere Möglichkeit des Wahlk(r)ampfes: Die Politik der Angst. Denn die Angst ist der größte Feind der Vernunft. Beide spielen im Überleben der Menschheit eine entscheidende Rolle. Warum? Manche Politiker arbeiten mit diesem Instrument. Bestes Beispiel ist das eklige CSU-Plakat der U-Bahnschläger in München oder Äußerungen von Politikern im Wahlkampf mit Themen wie Überwachung, härtere Bestrafung von jugendlichen Tätern u.v.m.

In unserer Gemeinde wird offen die Angst geschürt. Die CSU in Grünwald arbeitet mit Begriffen wie: »PBG erneut der Lüge überführt«, »Wahlkampfverleumdung seitens der PBG«, »Rosstäuscherei der PBG«, »Totaler Wahlkampf der PBG« und vielem mehr. Auch wenn der Bürgermeister und CSU-Vorsitzende in Grünwald in einem offenen Brief schreibt: »Als Ihr Bürgermeister werde ich alles dafür tun, dass in unserer Gemeinde Fairness herrscht – auch und ge-

rade in Zeiten des Wahlkampfes...«, müssen wir uns schon fragen, warum der stellvertretende Vorsitzende der CSU-Grünwald den Artikel »Welche obskuren Finanziere verheimlicht die PBG?« am 08.01.2008 schrieb. Angstmacherei und Verleumdung. Wie sich dagegen die Familie des Bürgermeisters finanziert, geht uns bestimmt nichts an. Doch sollte es tabu sein, dass die Gemeinde Geschäfte mit Familien der Gemeinderatsmitglieder macht, schon gar nicht mit der Bürgermeistermutter. Gut, dass ihr Sohn seinen Keller hat und wir sein Lachen nicht hören.

Ein deutlicher Unterschied

Parteilose Gruppierungen sind, wie der Name schon sagt, frei. Und zwar frei in jeder Hinsicht des Denkens und Handels. Auch dient sich niemand als Abnicker nach oben, noch wird irgendjemand mundtot gemacht oder etwa zu Abstimmungen genötigt. Die lokale kleine Gruppierung Parteilose Bürger Grünwald (PBG) hat sich mit Ihrem Bürgermeisterkandidaten Helmut Kraus einzig und allein das Wohl aller Grünwalder auf die Fahnen geschrieben. Und bedenken Sie:

Ein Kreuz zu machen ist nicht schwer, ein Kreuz zu tragen aber sehr.

Michael Otto Schötz ■

